



Strategien gegen die radikale Rechte in Europa

Bertelsmann Stiftung (Hrsg.)

Strategien gegen die radikale Rechte in Europa

© 2009, Bertelsmann Stiftung, Gütersloh

Verantwortlich:

Dr. Orkan Kösemen
Bertelsmann Stiftung
Carl-Bertelsmann-Str. 256
33311 Gütersloh
Telefon 05241 81-81429
Fax 05241 81-681429
orkan.koesemen@bertelsmann-stiftung.de
www.bertelsmann-stiftung.de

Inhaltsverzeichnis

1	Ähnliche Defizite in Europa	5
2	Grundlagen bei der Bekämpfung der radikalen Rechten	6
3	Weiterführende Maßnahmen gegen die radikale Rechte	9
4	Anlass für besondere Besorgnis: Die Gefahr durch Rechtspopulisten	14
5	Präventive und langfristige Maßnahmen versprechen nach wie vor den größten Erfolg	18

„Was ist die Idee hinter dieser Broschüre?“

Diese Broschüre ist eine Zusammenfassung der Ergebnisse aus der Publikation „Strategies for Combating Right-Wing Extremism in Europe“, die 2009 im Verlag der Bertelsmann Stiftung erschienen ist.

Die Bertelsmann Stiftung legt im Rahmen ihres Projekts „Strategien gegen den Rechtsextremismus in Europa“ mit dieser Publikation eine Übersicht über die radikale Rechte in Belgien, Dänemark, Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Holland, Italien, Österreich, Schweden, Schweiz und Ungarn vor.

Darüber hinaus enthält dieser Band eine Zusammenstellung der erfolgreichen Strategien gegen die radikale Rechte aus diesen Ländern. Das Augenmerk hierbei richtet sich auf die Aktivitäten von Regierung, Parteien und Akteuren der Zivilgesellschaft. So werden rechtliche Maßnahmen ebenso beleuchtet wie die Umsetzung von Gesetzen und Sonderprogrammen, die Effektivität der Strafverfolgung von rechtsextremistischen Gewalttaten, die Zusammenarbeit von Parteien, institutionelle Zuständigkeiten, die Zusammenarbeit von Behörden sowie nichtstaatlichen Organisationen und bürgerschaftliche Engagementformen. Diese Broschüre enthält die wichtigsten Erkenntnisse aus dieser Publikation.

„Was ist die radikale Rechte?“

Unter dem Gesamtbegriff „radikale Rechte“ werden alle politischen Strömungen verstanden, die

- sich gegen die liberale Demokratie und deren zugrundeliegende Werte von Freiheit, Gleichheit, Individualismus und Pluralismus richten,
- in der Konstruktion nationaler Zugehörigkeiten spezifische ethnische, kulturelle, religiöse oder sexuelle Ausgrenzungskriterien verschärfen und
- häufig auf dem Mythos einer völkischen oder homogenen Nation basieren.

Damit umfasst die Definition der radikalen Rechten politische Gruppierungen wie die **extremistische Rechte** (Rechtsextremismus), die **rassistische Rechte** (Fremdenfeindlichkeit), die **populistische Rechte** (Rechtspopulismus) und die **christlich-fundamentalistische Rechte**. Die jeweilige Organisationsform, in der die radikale Rechte in Erscheinung tritt (also politische Partei, soziale Bewegung oder sub-kulturelles Milieu) ist europaweit unterschiedlich ausgeprägt. In dieser Broschüre werden die Begriffe radikale Rechte, Rechtsradikale und Rechtsradikalismus synonym verwendet.

1 Ähnliche Defizite in Europa

Der Aufstieg der radikalen Rechten in Europa begann Mitte der 90er Jahre und verunsicherte den größten Teil der etablierten demokratischen Parteien. Bis zu diesem Zeitpunkt war es in den europäischen Nachkriegsdemokratien noch weitgehend einfach, die Gefahr von rechts außen einzudämmen. Mit ihren Slogans, ihrem Erscheinungsbild und ihren Aktivitäten entsprachen Rechtsradikale den Stereotypen, mit denen eine demokratische Bürgergesellschaft sie in Verbindung brachte. Durch ihre rückwärtsgewandte Ideologie und eher schauriges Auftreten bestand zu keiner Zeit die Gefahr eines politischen Erfolgs, geschweige denn einer Einflussnahme auf die politische Mitte. Diese Rechte in politischer Quarantäne (auch bekannt als cordon sanitaire) zu halten war einfach und genügte, um der Gefahr zu begegnen.

Aber die Zeiten haben sich geändert und die radikale Rechte hat sich inzwischen erfolgreich angepasst. Obwohl die ideologische Basis unverändert geblieben ist, haben die Akteure der radikalen Rechten verschiedene Wege entwickelt, um in den europäischen Staaten politischen und gesellschaftlichen Einfluss auszuüben. Das Vokabular und Erscheinungsbild von demokratischen Parteien wurde angenommen, subtile Methoden zur Beeinflussung der Jugendkultur wurden angeeignet und die Themen, mit denen die radikale Rechte zu Felde zieht, wurden erweitert und den modernen Ängsten der Gegenwart angepasst. Als Folge hiervon ist der cordon sanitaire in einigen Ländern bereits durchlässig geworden, in anderen kommt er gar nicht mehr zum Einsatz. Insbesondere das Auftauchen von Rechtspopulisten und ihre Erfolge in einigen europäischen Ländern geben der Bedrohung durch die radikale Rechte eine neue Qualität, wie sie im vereinten Europa bisher nicht vorhanden war.

Für präventive Maßnahmen ist es häufig zu spät, wenn sich als Folge einer langen Entwicklung der cordon sanitaire in einem Land auflöst. Der Zeitpunkt, an dem sich demokratische Parteien dies eingestehen und nach Lösungen für das Problem des Rechtsradikalismus suchen, ist oft zu spät, um die Entwicklung ungeschehen zu machen. Leider haben die politische Elite und die Öffentlichkeit die bedauerliche Angewohnheit, erst nach Lösungen bei der aktiven Bekämpfung der radikalen Rechten zu suchen, wenn das Problem schon zu groß ist, um es zu ignorieren: also zu einem Zeitpunkt, an dem die radikale Rechte bereits Rathäuser erobert, Parlamentssitze gewonnen, in der Zivilgesellschaft Wurzeln geschlagen und ihre radikalen Ansichten als Teil der öffentlichen Debatte platziert hat. Schnelles Reagieren kann nur in den seltensten Fällen die Folgen einer langjährigen Entwicklung umkehren. Zumindest kann es aber als Warnsignal für die Bevölkerung von Nutzen sein. Effektive Maßnahmen für den Schutz der Demokratie verlangen die gleiche Hartnäckigkeit und Langfristigkeit, wie sie die radikale Rechte für die Abschaffung und Verzerrung der pluralistischen Demokratie an den Tag legt.

Ausgewählte Fachleute haben ihr Wissen für die Publikation „Strategies for Combating Right-Wing Extremism in Europe“ in Form von Ländergutachten bereitgestellt (siehe Seite 4). Diese Broschüre fasst die dort zu findenden Empfehlungen und die in den einzelnen europäischen Ländern bewährten Maßnahmen zusammen. Es wird zudem deutlich, dass der Großteil der untersuchten Länder ähnliche Defizite bei der Bekämpfung der radikalen Rechten und ihrer Ideologie aufweist: Im Allgemeinen wird die Grundlagenarbeit vernachlässigt. Es muss noch mehr präventive Maßnahmen geben, die Bekämpfung der radikalen Rechten muss stärker auf Kontinuität und Langfristigkeit angelegt sein und die Beobachtung von und der Wissensaustausch über die radikale Rechte muss weiter verbessert werden.

2 Grundlagen bei der Bekämpfung der radikalen Rechten

Eine universell anwendbare Strategie, die einen garantierten Erfolg im Kampf gegen die radikale Rechte verspricht, gibt es nicht. Erfolgreiche Lösungsansätze sind immer abhängig vom politischen und sozialen Kontext des Landes, der Region oder der Kommune und unterscheiden sich daher von Fall zu Fall. Nichtsdestotrotz gibt es allgemeine Maßnahmen, die die Wirkung von spezifischen, situationsabhängigen Gegenstrategien verstärken und diese häufig sogar überhaupt ermöglichen. Somit sind diese Maßnahmen Grundlage jeglicher Strategien gegen die radikale Rechte und bilden den Rahmen für weitere, gezielte Aktivitäten. Sie umfassen:

Ein umfassendes Gesamtkonzept

Die Bekämpfung des Rechtsradikalismus benötigt ein übergeordnetes Konzept mit verschiedenen Ansätzen. Eine Beschränkung auf eine bestimmte Organisationsform (z. B. Partei, gewaltbereite Gruppen oder soziale Bewegung) oder auf einen einzelnen Aspekt von Rechtsradikalismus (z. B. Jugendarbeit, Vernetzung oder Gewalt) ist nicht ausreichend. So sind politische Parteien in der Öffentlichkeit zwar am stärksten präsent, aber sie sind doch nur eine der verschiedenen Erscheinungsformen der radikalen Rechten. Je mehr Druck auf Parteien ausgeübt wird, desto stärker werden als Konsequenz soziale Bewegungen oder subkulturelle Milieus der radikalen Rechten. Im Gegensatz zu politischen Parteien passen sich Bewegungen und Milieus dem Zeitgeist schneller an und bleiben so attraktiv für Jugendliche. Es ist daher wichtig, bei der Bekämpfung der radikalen Rechten neben den Maßnahmen gegen politisch organisierte Formen auch die soziale Verwurzelung dieser Gruppen im Blick zu behalten.

Kontinuierliche Datenerhebung, bessere Beobachtung und ein größerer Austausch von Fachwissen

Wenn rechtsradikale Aktivitäten nachlassen, sollte das Sammeln von Informationen nicht reduziert werden. Viele europäische Länder scheinen die Beobachtung der radikalen Rechten an deren Erfolge und Aktivitäten anzupassen. Die Informationsbeschaffung wird zurückgefahren, wenn rechtsradikale Parteien nicht mehr in den (Regional-)Parlamenten vertreten sind oder die Zahl der rechtsextremistisch motivierten Straftaten zurückgeht. Es ist jedoch von großer Bedeutung, dass das Insiderwissen über die rechtsradikale Szene auf einem hohen Niveau verbleibt, auch wenn ihre Mitglieder gerade nicht öffentlich aktiv sind. Ohne einen beständigen Zugang zu neuen Informationen können Aussteiger-Programme für rechtsradikale Aktivisten, Bildungsprogramme für Jugendliche und Polizeitrainings nicht in angemessenem Maße durchgeführt werden.

Kenntnisse über rechtsradikale Strukturen sind wichtig. Noch wichtiger ist es, diese Informationen auch effektiv zu nutzen. In vielen Ländern fehlt eine ausreichende quantitative Datenbasis über die radikale Rechte. Darüber hinaus sind die Personen und Institutionen (zivilgesellschaftliche wie staatliche), die sich mit der Informationsbeschaffung beschäftigen, wenig untereinander vernetzt. Dies gilt es zu ändern: je größer der Informationsaustausch ist, desto effektiver werden Wissenslücken geschlossen und die Fachkompetenz zur Bekämpfung der radikalen Rechten erhöht sich insgesamt.

Mehr präventive Maßnahmen und mehr Kontinuität

Es ist nicht ausreichend, nach Straftaten durch Rechtsradikale rechtliche Schritte einzuleiten. Es müssen verstärkt präventive Maßnahmen gegen Gruppen eingesetzt werden, die die öffentliche Ordnung bedrohen (wie z. B. Angstzonen oder Übergriffe auf Zielgruppen rechter Gewalt). Rechtsbrüche durch die radikale Rechte werden häufig lediglich wie „normale“ Straftaten behandelt. Dadurch wird die zweite Wirkungsebene bei Vorfällen mit rassistischen und extremistischen Motiven ausgeblendet: Unabhängig vom Gesetzesbruch im juristischen Sinne, hofft die radikale Rechte mit solchen Taten, eine Atmosphäre der Angst zu fördern sowie Angstzonen, die berüchtigten No-go-Areas, zu schaffen. Darüber hinaus werden die Grenzen ausgelotet, wie weit verbal und körperlich in der Öffentlichkeit gegen Migranten, anti-rassistische Gruppen und Akteure des linken politischen Spektrums vorgegangen werden kann. Dies ist eine deutliche Bedrohung der öffentlichen Ordnung und des staatlichen Gewaltmonopols. Die Exekutive sollte daher nicht erst nach begangenen Straftaten handeln, sondern bereits im Vorfeld strikte Grenzen setzen und so frühzeitig rechtsradikale Gewalt unterbinden.

Eine weitere Notwendigkeit sind Kontinuität und Langfristigkeit bei Programmen gegen Rassismus und Intoleranz. Obwohl ein gewisses Maß an Diskriminierung latent in jeder Gesellschaft feststellbar ist, muss sich dies nicht zwangsläufig in Unterstützung für die radikale Rechte niederschlagen. Es ist einfacher für radikale Aktivisten, eine Verbindung zwischen den in der Gesellschaft vorhandenen Vorurteilen und ihrer eigenen Ideologie herzustellen, wenn Diskriminierung im Alltag als gegeben hingenommen wird. So ist eine Gesellschaft, die in ihren Einstellungen wenige Merkmale von Intoleranz gegenüber Minderheiten aufweist, weniger anfällig für den Versuch der radikalen Rechten, ihre Ideologie in der Mitte der Gesellschaft zu verankern. Aus diesem Grund muss Anti-Rassismus-Erziehung ein kontinuierlicher Teil der Schul- und Jugendbildung sein.

Augenmerk auf institutionelle Diskriminierung, ethnische Vielfalt und starke Bürgerrechtsbewegungen

Unterschwellige Mechanismen von institutioneller Diskriminierung gehören ins Blickfeld und (ethnische) Vielfalt gilt es zu fördern. Verwaltungen, Bildungseinrichtungen, aber auch Privatunternehmen sind zur Gleichbehandlung aller mit ihnen in Bezug stehenden Personen verpflichtet. Der Umgang auf individueller Ebene ist jedoch nicht immer unvoreingenommen und vorurteilsfrei, so dass Benachteiligungen bestimmter sozialer Gruppen in den Institutionen strukturell verankert sind. In diesem Bereich sind weitere Aufklärungsarbeit und Anti-Rassismus-Trainings notwendig. Ein strategisches Defizit bei der Bekämpfung der radikalen Rechten ist dabei die Konzentration allein auf die direkte Gegenwehr und die Vernachlässigung des Aufbaus einer institutionellen Gegenöffentlichkeit innerhalb von Verwaltung und Behörden. Der Aufbau einer aktiven Kultur des Hinsehens und Handelns führt dazu, dass sich idealerweise alle Personen des öffentlichen Dienstes angesprochen fühlen. Wichtig ist dabei, dass bei rechtsradikalen Vorfällen generell Position bezogen wird, auch wenn dieser Personenkreis nicht direkt zuständig ist. Gerade wenn die Aktivitäten von Nichtregierungsorganisationen und politischen Parteien aus Zeit- oder Geldgründen nachlassen, besteht die Gefahr, dass sich niemand mehr berufen fühlt, diese Rolle einzunehmen. Ein guter Weg zum Aufbau solch einer institutionellen Gegenöffentlichkeit ist die

Reduzierung von institutioneller Diskriminierung und die Förderung von ethnischer Vielfalt in Verwaltung und Behörden.

Starke Bürgerrechts-Bewegungen sind Verbündete im Kampf gegen die radikale Rechte: Anti-Rassismusbewegungen sind ein gutes Beispiel für die Mobilisierung der Bevölkerung, weil sie die Öffentlichkeit für die Konsequenzen von rechtsradikalen und diskriminierenden Menschenbildern sensibilisieren. Je mehr Menschen die Anti-Rassismus-Idee unterstützen, desto einfacher wird es, von der radikalen Rechten besetzte öffentliche Räume zurückzugewinnen, Demonstrationen gegen die radikale Rechte zu organisieren und Erst- und Nichtwähler an die Wahlurne zu bekommen, wenn rechtsradikale Stimmengewinne drohen.

3 Weiterführende Maßnahmen gegen die radikale Rechte

Die hier aufgeführten weiterführenden Maßnahmen verstehen sich als operative Empfehlungen, welche die Grundlagen (siehe Abschnitt 2) erweitern. Die meisten dieser Maßnahmen sind präventiver Natur und nur wenige sind reaktiv bzw. repressiv. Erstere sollen die Ausbreitung der radikalen Rechten und ihrer Ideologie in der Gesellschaft unterbinden, Letztere die Folgen von rechtsradikalen Aktivitäten eindämmen. Dies unterstreicht die immense Bedeutung von präventiver Arbeit bei der Bekämpfung der radikalen Rechten. Ist Rechtsradikalismus erst öffentlich präsent und regional verwurzelt, wird die Bekämpfung ungleich schwieriger und konzentriert sich in der Regel auf Schadensbegrenzung. Reaktive/repressive Maßnahmen können die diskriminierenden, gewalttätigen und kriminellen Folgen der Ausbreitung der radikalen Rechten bekämpfen, sie lassen die Ursachen jedoch unberührt. Die Hauptarbeit ist daher mit präventiven Mitteln durchzuführen, damit die radikale Rechte gar nicht erst erfolgreich wird.

Ob die hier aufgeführten Maßnahmen auch wirklich ihren Zweck erfüllen, hängt natürlich u. a. von der Situation und dem politischen Kontext vor Ort ab. Was in einer bestimmten Konstellation funktioniert, kann in einer anderen scheitern. Daher ist diese Auflistung als eine Art Werkzeugkasten gedacht, aus dem sich die Maßnahmen heraussuchen lassen, die jeweils den größten Erfolg versprechen. Die folgenden Empfehlungen sind nach Bereichen (Politik/Institutionen, Justiz/Polizei und Zivilgesellschaft/Medien) und Oberthemen geordnet.

Akteure der Politik und staatliche Institutionen

Verantwortung übernehmen: Wichtig ist, dass Spitzenpolitiker und Führungspersonen öffentlich zeigen, wie sehr ihnen die Themen Rassismus und Diskriminierung ein bedeutendes Anliegen sind. So kann ein herausragendes Gremium oder eine zentrale Einrichtung auf die öffentliche Debatte Einfluss ausüben und eine positive Agenda setzen. Beispiele für Maßnahmen:

- Die Einrichtung eines Gremiums auf hoher politischer Ebene mit dem Ziel, Diskriminierung, Rassismus und Antisemitismus zu beobachten, darüber öffentlich zu berichten und Gegenmaßnahmen einzuleiten.
- Die Einrichtung einer zentralen Anlaufstelle für Gleichstellung und Antirassismus in der Staatskanzlei bzw. dem Kanzleramt.

Politische Konsequenzen bei Diskriminierung einfordern: Das Aufstellen eines besonderen Verhaltenscodex in Verbindung mit der Möglichkeit politischer Sanktionen bei Verstößen wird helfen, diskriminierende und rassistische Äußerungen in der öffentlichen Debatte zu verhindern. Insbesondere durch Provokationen in der Politik, aber auch durch angeblich gemeinnützige Arbeit versucht die radikale Rechte ihre Ideologie in die Gesellschaft einzubringen. Beispiele für Maßnahmen:

- Teilnahmeverbot in Beiräten, Beratungsgremien, Dachverbänden, Kultureinrichtungen und ähnlichen Institutionen für Gruppen, Verbände und Einzelpersonen, die nicht die Grundsätze einer pluralistischen Demokratie respektieren oder wegen Straftaten wie z. B. Volksverhetzung o. Ä. verurteilt wurden (bzw. Klauseln, um solche Personen aus diesen Gremien wieder ausschließen zu können).

- Anti-Rassismus-Bestimmungen bei der Förderung von zivilgesellschaftlichen Projekten, damit keine Projekte von rechtsradikalen Gruppen gefördert werden und bereits ausgezahlte Fördergelder zurückgefordert werden können.
- Ausschluss von Politikern aus parlamentarischen Gremien wie Arbeitsgruppen oder Ausschüssen, die sich öffentlich diskriminierend oder rassistisch äußern.

Politische Führung ausüben und die öffentliche Debatte beeinflussen: Führungskräfte in der Politik müssen den Ängsten in der Bevölkerung aktiv entgegenzutreten, die von der radikalen Rechten instrumentalisiert werden. Das bedeutet, dass politische Führung ausgeübt werden muss, anstatt sich von Angstthemen in die Defensive drängen zu lassen. Die positiven Aspekte von Zuwanderung, Vielfalt und dem „Anderssein“ müssen von den demokratisch handelnden Personen offensiv aufgegriffen und hervorgehoben werden. Beispiele für Maßnahmen:

- Erhöhter Fokus auf die (kommunikative) Verbreitung der Vorteile von Zuwanderung auf die nationale Wirtschaft, mit der Botschaft, wie diese den nationalen Interessen dienen kann, sowie der positiven Effekte, die gesellschaftliche Vielfalt generiert.
- Vermeidung von Maßnahmen, die nur eine bestimmte Ethnie betreffen, da hierdurch diese Gruppe als hilfsbedürftig und unzivilisiert gekennzeichnet wird und negative Vorurteile sich verstärken.
- Politiker und führende Beamte sollten rechtsradikale Vorfälle keinesfalls relativieren oder kleinreden, sondern öffentlich diese als Gefahr für die Gesellschaft benennen.
- Missstände bei illegaler oder legaler Zuwanderung nicht mit härteren Gesetzen zu lösen versuchen, da diese zu steigender Diskriminierung von Zuwanderern führen und die Öffentlichkeit mittelfristig empfänglicher für rechtsradikale Argumentation machen (Zuwanderung jeglicher Art nicht als Problem behandeln, sondern als eine Herausforderung an die moderne Gesellschaft betrachten).

Anspruchsvolle Weiterbildung für Mitarbeiter durchführen: Die Zusammensetzung der Mitarbeiter von Behörden und Ämtern spiegelt die bestehende Vielfalt in der Gesellschaft nicht wider. Daher besteht die Gefahr, dass Behördenbedienstete die Probleme, denen Zuwanderer und Minderheiten begegnen, falsch einschätzen oder nicht richtig wahrnehmen und als Folge nicht mit der notwendigen Ernsthaftigkeit behandeln. Dieser Missstand schmälert das Vertrauen in die Behörden, insbesondere wenn diskriminierende oder rassistische Vorfälle als übertrieben abgetan werden. Beispiele für Maßnahmen:

- Sensibilisierung der Mitarbeiter gegenüber den Bedürfnissen der Opfer von Rechtsradikalismus durch Weiterbildungen.
- Verpflichtende Anti-Rassismus- und Antisemitismus-Trainings bei der Ausbildung der Angestellten und Beamten in der Verwaltung.

Synergien bei der Umsetzung von Programmen nutzen: Viel Fachwissen geht verloren, weil dieses Wissen personengebunden ist und bei Stellenstreichungen oder Rotation nicht mehr zur Verfügung steht und zudem vorhandenes Wissen nicht immer genutzt wird. Die Wirkung von bestehendem Wissen kann erhöht werden, wenn Einrichtungen für die Bekämpfung von Rechtsradikalismus stärker vernetzt werden und Institutionen, die Fachwissen vorweisen, auch bevollmächtigt sind, Gegenmaßnahmen einzuleiten. Beispiele für Maßnahmen:

- Erhöhte Zusammenarbeit von Kommunen, in denen die radikale Rechte aktiv ist.
- Erhöhte Zusammenarbeit von Vereinen vor Ort und staatlichen Stellen.
- Personelle Vernetzung von Programmen und Institutionen, die sich mit Maßnahmen gegen Rechtsradikalismus beschäftigen.
- Schaffung einer Einrichtung (bzw. Ernennung von Personen) für das Zusammenführen von Informationen der verschiedenen staatlichen und zivilen Quellen mit der Vollmacht, Gegenmaßnahmen zu beschließen.
- Schaffung einer Beschwerdestelle für Diskriminierung im Internet.
- Erstellen einer bundesweiten Karte von Straftaten mit rechtsextremistischem, fremdenfeindlichem und antisemitischem Hintergrund für eine bessere Planung von Gegenmaßnahmen und Programmen.
- Förderung von Informationsaustausch zwischen verschiedenen Dienststellen, Behörden und Ministerien, um Gegenmaßnahmen schneller und zielgerichteter durchführen zu können.

Justiz, Strafverfolgung und Polizei

Anspruchsvolle Weiterbildung für Mitarbeiter durchführen und Fachwissen sichern: Bei der Ausbildung von Mitarbeitern im Bereich Justiz und Polizei gelten die gleichen Argumente wie im Bereich Politik/Institutionen; dies gilt insbesondere für das Verständnis von psychologischen Folgen für die Opfer von rassistisch motivierten Taten. Darüber hinaus ist es von Bedeutung, dass die Polizeikräfte rechtsradikale Taten als Bedrohung für die gesamte Gesellschaft verstehen und den sachgemäßen Umgang mit Aktivisten der radikalen Rechten kennen. Beispiele für Maßnahmen:

- Entwicklung eines ergänzenden Bildungsprogramms für Richter und Polizisten mit dem Fokus auf rechtsradikale Taten und Aktivisten.
- Förderung von Dialogpolizisten mit Insiderwissen über die radikale Rechte, die das Gefahrenpotential von gewaltbereiten Aktivisten durch präventive Arbeit vermindern.
- Aufstellung einer polizeilichen Taskforce/Arbeitsgruppe, die Aktivisten der radikalen Rechten in ihrem privaten Umfeld mit ihren Straftaten und den Konsequenzen konfrontiert.
- Förderung und Weiterentwicklung von Aussteigerprogrammen für Aussteiger aus der rechtsradikalen Szene.

Das Bewusstsein für „Hassverbrechen“ erhöhen und Straftaten besser erfassen: Die erfolgreiche Strafverfolgung von Hassverbrechen erfordert eine andere Beweisführung als bei nicht-rassistisch motivierten Straftaten. Darüber hinaus ist es notwendig, dass statt lokaler Polizeikräfte eigens dafür ausgebildetes Personal die Beweisaufnahme durchführt und Hassverbrechen erfasst. Dadurch wird die Verfolgung von Hassverbrechen konsequenter und schneller durchgeführt wie auch die Zahl der nichtverfolgten Fälle reduziert. Beispiele für Maßnahmen:

- Ernennung eines Sonderermittlers in Staatsanwaltschaften für Hassverbrechen.
- Schaffung von Kontaktpersonen für Hassverbrechen in Polizeibehörden.

- Schaffung einer Informations- und Arbeitseinheit in Staatsanwaltschaften und Polizeibehörden für diskriminierungsbezogene Angelegenheiten.

Zielgerichteter Einsatz von Strafverfolgung und Strafmaß: Repressive Maßnahmen gegen Aktivisten der radikalen Rechten haben Auswirkungen. Die beständige und nachdrückliche Anwendung dieser Maßnahmen wird die Zahl der gewaltbereiten Aktivisten reduzieren, die rechtsradikale Szene verunsichern und ein Zeichen setzen, dass der Staat keine rechtsradikalen Aktivitäten duldet. Die Zahl der Fälle, mit denen die radikale Rechte die Zivilgesellschaft und die Bürger einschüchtert (z. B. so genannte No-go-Areas), wird zurückgehen. Beispiele für Maßnahmen:

- Die Pflichtteilnahme an politischen Bildungskursen anstelle von Gefängnisstrafen bei Jugendlichen, die gewaltfreie Straftaten mit einem rechtsradikalen Hintergrund begangen haben.
- Einführung des strafverstärkenden Umstands bei Straftaten mit rassistischem Hintergrund.
- Aberkennung der staatlichen Parteifinanzierung, falls Parteimitglieder wegen Diskriminierung, Volksverhetzung oder Rassismus verurteilt werden.
- Einschränkung des passiven Wahlrechts von wegen Diskriminierung, Volksverhetzung oder Rassismus verurteilten Personen.
- Aufrechterhaltung von polizeilichem Druck auf das gewaltbereite rechtsradikale Milieu, um dieses zurückzudrängen und am Wachsen zu hindern.

Zivilgesellschaft und Medien

Graswurzelaktivitäten in Schulen erhöhen und Erstwähler aktivieren: Je mehr die radikale Rechte versucht, mit Hilfe von Musik und Lifestyleprodukten ihre Ideologie in der Jugendkultur zu verankern, desto wichtiger wird es für eine pluralistische Demokratie, diese Vorgehensweise so früh wie möglich zu bekämpfen. Mit offensiven Maßnahmen müssen Vokabular, Einstellungen und Ideologie der radikalen Rechten zurückgedrängt werden, sobald sie beginnen, an Schulen präsent zu sein. Beispiele für Maßnahmen:

- Im Rahmen des Schulunterrichts die gesellschaftliche Wahrnehmung vom „Anderssein“ bzw. das Verständnis von „wir/die“ im Zusammenhang mit Zuwanderern entschärfen.
- Seminare über die aktuellen Codes der radikalen Rechten für Lehrer, damit sie diese in der Schule erkennen und aktiv dagegen vorgehen können.
- Mobilisierung von Erstwählern, insbesondere von denen mit Migrationshintergrund, damit die radikale Rechte weniger von der allgemeinen Politikverdrossenheit profitieren kann.

Die Öffentlichkeit mobilisieren: Die Tatsache, dass diskriminierende, rassistische und herabwürdigende Äußerungen – entgegen der Argumentation der radikalen Rechten – kein Ausdruck von Meinungsfreiheit sind, muss der Öffentlichkeit stärker als bisher bewusst sein. Je weniger ein diskriminierender Politjargon in der öffentlichen Debatte als legitime Meinungsäußerung angesehen wird, desto schwerer ist es für die radikale Rechte, ihre Ideologie in der Gesellschaft zu verankern. Beispiele für Maßnahmen:

- Erhöhte Aktivität von zivilgesellschaftlichen Meinungsführern zum Thema Alltagsdiskriminierung und gesellschaftliche Vielfalt.
- Einsatz volksnaher Kampagnen gegen rassistische Gewalt und Hate Speech (Hasssprache, die Ausgrenzung oder Benachteiligung von bestimmten Gesellschaftsgruppen fördert). Kampagnen dieser Art können auch Zeichen, Logos oder Symbole hervorbringen, die nach Abschluss der Kampagne als allgemeingültiger und sichtbarer Ausdruck der Bevölkerung zur Unterstützung einer toleranten Gesellschaft dienen.

Die Widersprüche der radikalen Rechten offenlegen: Die Medien sind von zentraler Bedeutung für die Enthüllung der Aktivitäten der radikalen Rechten und für die öffentliche Meinungsbildung bei Themen wie Diskriminierung oder Zuwanderung. Beispiele für Maßnahmen:

- Stärkere Förderung von investigativem Journalismus, der die Widersprüche in den Programmen und Parolen der radikalen Rechten offenlegt.

4 Anlass für besondere Besorgnis: Die Gefahr durch Rechtspopulisten

Der Blick auf die europäischen Länder zeigt eine weitere Gemeinsamkeit auf: Der Umgang mit einzelnen Strömungen der radikalen Rechten (siehe Seite 4) ist unterschiedlich. In den meisten Ländern wird die extremistische Rechte (d. h. offen als neo-nazistisch und extremistisch auftretende Parteien und Gruppierungen) durch politische Quarantäne, gesellschaftliche Isolation und polizeiliche Mittel in Schach gehalten. Die populistische Rechte (d. h. Parteien, die ihre rechtsradikalen Ansichten als Verteidigung abendländischer Bürgerrechte darstellen) hingegen „darf“ mehr oder weniger unbehindert ihre Ideologie verbreiten. Hierbei platziert sich die populistische Rechte in der Grauzone zwischen politischem Extremismus und demokratischem Mainstream, wo sie Ideen und Personal der extremistischen Rechten in ihrer Außenwirkung verschleiert und als Schleuse in die demokratische Politikarena dient.

Die größte Gefahr dieser Grauzone ist die Behauptung der Rechtspopulisten, sich von den Ideen der extremistischen Rechten zu unterscheiden, um in der Folge öffentliche politische Legitimität zu erlangen. Rechtspopulisten werben sogar damit, rechtsextreme Wählerstimmen seien in ihren Reihen besser aufgehoben, da sie selbst keine Radikalen seien. Dies wird untermauert mit dem Argument, sie träten für demokratische Grundsätze ein, wie etwa Redefreiheit, Gleichheit und soziale Gerechtigkeit. Nur bei näherer Betrachtung wird klar, dass hinter dieser Argumentation ähnliche Ziele stehen wie bei den anderen Gruppen der radikalen Rechten: Abschaffung der Grundrechte von Andersdenkenden, Ungleichbehandlung von Menschen aufgrund von ethnischen und religiösen Zuschreibungen, Schüren von Existenzängsten und Aushöhlung des demokratischen Rechtsstaats. Im Gegensatz zur extremistischen Rechten verhüllen Rechtspopulisten ihre Forderungen hinter einer Fassade von demokratischer Konformität und angeblichem Bürgerinteresse.

Als Folge dieser verzerrten Außendarstellung wird eine politische Quarantäne beim Umgang mit rechtspopulistischen Parteien von der Öffentlichkeit als nicht adäquate Maßnahme wahrgenommen. Darüber hinaus entdecken demokratische Parteien in Europa rechtspopulistische Akteure sogar immer wieder als nützliche Partner. Sie werden benötigt, um Parlamentsmehrheiten zu sichern oder – im schlimmsten Fall – um Regierungskoalitionen zu bilden. Während Rechtspopulisten auf der einen Seite unter dem Deckmantel einer sozial-konservativen Partei agieren, die gleichzeitig die Arbeiterschaft wie auch den gesetzestreuen Kleinbürger anspricht, konzentrieren sie sich auf der anderen Seite auf Themen mit gesellschaftlichem Angstpotential. Das Ziel ist die Dominanz in der öffentlichen Debatte über Themen wie Zuwanderung, Islam, Asyl, soziale Ungerechtigkeit, Arbeitslosigkeit und Globalisierung.

Ist die rechtspopulistische Agenda erst einmal in der Öffentlichkeit erfolgreich platziert, versuchen demokratische Parteien dagegen häufig die Hoheit über die politische Debatte zurückzugewinnen, indem sie entweder Positionen der Rechtspopulisten übernehmen oder sich an die Spitze des Trends setzen, den die Populisten erst losgetreten haben. Währenddessen treiben die Rechtspopulisten ihren Spott über die „erschöpften etablierten Parteien“ weiter und verschärfen ihre politischen Forderungen. In nahezu jedem europäischen Land, in dem die populistische Rechte in der politischen Arena präsent und aktiv war, hat sich die öffentliche Meinung über die oben aufgezählten Themen innerhalb eines Jahrzehnts inhaltlich in die Richtung der radikalen Rechten verschoben. Was früher fremdenfeindliche Positionen waren, ist später ein Teil des Mainstreams geworden oder wird zumindest nicht mehr als explizit fremdenfeindlich verstanden.

An diesem Punkt ist der Effekt von Rechtspopulisten auf ein demokratisches System offensichtlich: Rechtsradikale Ideen sind in die Mitte der Gesellschaft eingesickert, ohne dass diese die fortschreitende Erosion ihrer pluralistischen Prinzipien bemerkt hat. Dies geschah in Dänemark, nachdem die Dänische Volkspartei über lange Jahre die Minderheitsregierung stützte, um Einfluss auf die Gesetzgebung zu erhalten. Andere Beispiele sind Österreich und Italien, wo die populistische Rechte in Form der FPÖ und Lega Nord Teil der Regierungskoalition war. Alle diese Parteien hatten in den Jahren zuvor aus der parlamentarischen Opposition heraus beharrlich Angst- und Neidthemen besetzt, bis ihre Positionen schließlich koalitionsfähig wurden.

Dieser Trend führt zu der traurigen Schlussfolgerung, dass weder die Nichtbeachtung noch das politische Einbinden der populistischen Rechten diese Gruppierungen zwangsläufig von der politischen Bühne verschwinden lässt. Die Ausnahme ist Frankreich: Hier hat die Front National aufgrund der politischen Quarantäne an Bedeutung verloren (obwohl dies zu großen Teilen auch im französischen Mehrheitswahlrecht begründet ist). In anderen Fällen stürzten Rechtspopulisten aufgrund interner Streitigkeiten oder offensichtlicher Regierungsinkompetenz, wie z. B. die Liste Pim Fortuyn in den Niederlanden und die Partei Rechtsstaatlicher Offensive in Hamburg.

Die Bildung einer gemeinsamen Regierung mit Rechtspopulisten mit dem Ziel, deren Inkompetenz zu beweisen, ist selbstverständlich keine ernstzunehmende Strategie. Und auch die Fälle, bei denen mitregierende rechtspopulistische Parteien aufgrund ihres Mangels an Fachkenntnissen und Parteidisziplin zerfallen sind, haben nicht zur Diskreditierung des Rechtspopulismus geführt. Zwar waren die jeweiligen individuellen Akteure verschwunden, jedoch wurden ihre radikalen Positionen durch die Regierungsbeteiligung politisch legitimiert und am Ende Teil des akzeptierten Politikverständnisses. Der jeweils nachfolgenden rechtspopulistischen Partei ist dadurch allerdings der Weg geebnet.

Der richtige Umgang mit der populistischen Bedrohung

Es gibt keinen klar umrissenen Leitfadens, wie die populistische Rechte daran gehindert werden kann, politischen Einfluss und Wählerstimmen zu gewinnen. Dafür ist das Phänomen Rechtspopulismus zu komplex. So bestreiten Rechtspopulisten beharrlich ihre ideologische Nähe zur extremen Rechten. Die Angstthemen, die sie politisch besetzen und ausschlichten, sind auch ohne ihre Präsenz in der Gesellschaft vorhanden. Die Bekämpfung von politischem Populismus ist generell sehr schwierig – und es gibt keinen Königsweg dafür. Aus der Betrachtung der europäischen Länder, in denen rechtspopulistische Parteien Erfolge feiern konnten, ergeben sich (neben den bereits in dieser Broschüre angeführten Grundlagen und weiterführenden Maßnahmen) jedoch hilfreiche Empfehlungen für deren Bekämpfung:

Frühere und bessere Kontrolle der öffentlichen Debatte: Etablierte Parteien befassen sich mit kontroversen oder polarisierenden Themen häufig erst dann, wenn diese von der populistischen Rechten besetzt werden. Dann ist es zu spät, eine sachliche Diskussion über das Thema zu führen, weil die Rechtspopulisten bereits den Ton und das Tempo vorgegeben haben. In den letzten Jahren hat sich die populistische Rechte in Europa profiliert, indem sie Themen wie Zuwanderung, Integration, Islam und Moscheebau zugespitzt hat. Dadurch zwang sie die demokratischen Parteien zur Reaktion. Diese sollten nicht warten, bis kontroverse Themen – deren Lösung die Bürger natürlich erwarten – von rechtsradikalen Parteien auf die öffentliche

Agenda gesetzt werden. Solche gesellschaftlichen Diskussionen müssen bereits vorher durch die demokratischen Kräfte sachlich und lösungsorientiert geführt werden. Ansonsten werden die Themen früher oder später von den Rechtspopulisten „gekapert“ und die Debatte beginnt irrational zu verlaufen.

Nicht kooperieren, nicht ignorieren, sondern offensiv eindämmen: Die Frage, wie der politische Umgang mit der populistischen Rechten sein sollte, ist nicht leicht zu beantworten. In der Vergangenheit gab es in den unterschiedlichen europäischen Ländern verschiedene Ansätze, einschließlich derer der politischen Quarantäne (Nichtbeachtung und Ausschluss aus der politischen Arena), partiellen Kooperation (wechselnde Mehrheiten im Parlament und Tolerierung von Minderheitsregierungen durch Rechtspopulisten) und vollen Kooperation (Regierungsbeteiligung). Keiner dieser Vorgehensweisen hat zum Niedergang der populistischen Rechten geführt. Das Dilemma liegt in der Natur des Populismus – bei Nichtbeachtung wird er stärker, aber ebenso auch bei einer Zusammenarbeit. Beim ersten Ansatz (Nichtbeachtung) werden die politischen Forderungen und Versprechungen aus der Opposition heraus zunehmend schärfer und werden nach einiger Zeit von Teilen der Öffentlichkeit als eine normale Beteiligung an der politischen Diskussion wahrgenommen, falls ihnen nicht argumentativ widersprochen wird. Bei der Strategie der Zusammenarbeit (Regierungsbeteiligung oder Tolerierung) setzen Rechtspopulisten Kürzungen bei Programmen für die Bekämpfung von Rechtsextremismus durch oder verschärfen das Ausländerrecht. Der Versuch, Rechtspopulisten durch Regierungs(mit)verantwortung zu „entzaubern“, endet in der Schwächung der demokratischen Abwehrkräfte und gibt der radikalen Rechten politische Legitimität (so wie es in Dänemark und Österreich geschehen ist).

Auch wenn rechtspopulistische Parteien später wieder von der politischen Bildfläche bzw. aus der Regierung verschwinden, hinterlassen sie neben den von ihnen veränderten Gesetzen auch einen Wandel der gesellschaftlichen Haltung zu bestimmten Themen. Sie mögen in der Regierungsarbeit aufgrund von Inkompetenz versagt haben, aber ihre Meinung zu kontroversen Themen bleibt in der Gesellschaft präsent und ist sogar salonfähig geworden. Ist die rechtsradikale Ideologie erst einmal durch Regierungsverantwortung legitimiert, ist ein politisches Comeback dieser Ideen immer eine allgegenwärtige Gefahr (die österreichischen Wahlen von 2008 sind ein gutes Beispiel hierfür).

Letztendlich ist eine erfolgreiche Strategie gegen Rechtspopulisten immer von den jeweiligen nationalen und politischen Umständen und Konstellationen abhängig. Unabhängig davon verspricht der Ansatz einer „offensiven Eindämmung“ den größten Erfolg: Dies bedeutet eine Gratwanderung in der politischen Arena zwischen Nichtbeachtung und Kooperation, ohne der populistischen Rechten Einfluss oder inhaltliche Deutungshoheit zu ermöglichen. Etablierte demokratische Parteien sollten sich zu keiner Zeit in politische Abhängigkeit von Rechtspopulisten begeben. Sie müssen vielmehr die von den Rechtspopulisten besetzten Themen entschärfen, indem sie sachliche Lösungen anbieten. Diese Lösungen müssen dann auch die Ängste in der Bevölkerung ernst nehmen, ohne dass Rechtsradikale dies als ein Entgegenkommen der Politik reklamieren können. Die demokratischen Parteien dürfen Rechtspopulisten nicht die Möglichkeit geben, sich als unschuldig Ausgegrenzte des Systems darzustellen. Zusammengefasst bedeutet „offensive Eindämmung“ die Entkräftung der rechtspopulistischen Behauptungen und Forderungen, ohne sie dabei inhaltlich oder politisch aufzuwerten.

Positive Beispiele aufbieten: Der Erfolg von Populismus beruht auf Übertreibungen von Einzel Tatsachen und starken Vereinfachungen von komplexen Fragen. So werden z. B. Negativbeispiele im Zusammenhang eines strittigen Themas zur allgemeinen Norm erhoben und als allgegenwärtig gebrandmarkt. Daher sollten Positivbeispiele – aus dem Bereich Zuwanderung, Islam und Vielfalt im Alltag – viel häufiger ihren Weg in die Öffentlichkeit finden, damit der Angstreiberei von Populisten ein optimistisches Weltbild entgegengestellt wird.

Enthüllen, für was die populistische Rechte wirklich steht: Die politischen Forderungen sowie die ideologische Basis der populistischen Rechten und der extremen Rechten sind sehr ähnlich. Die Rechtspopulisten erwecken dabei aber weniger den Anschein, plump anti-demokratisch vorzugehen. Die Aussagen der Rechtspopulisten müssen aus ihrer Verpackung (angeblicher „Bürgerwille“ oder „gesunder Menschenverstand“) herausgelöst und als das benannt werden, was sie wirklich sind: Sie sind im Kern intolerant, diskriminierend, autoritär und schädlich für den Pluralismus in einer Demokratie. Als Antwort auf die Abgrenzungsversuche der Rechtspopulisten gegenüber Rechtsextremisten ist es zwingend notwendig darzulegen, dass hier ähnliche Inhalte nur mit anderen Worten vertreten werden.

Achtung vor der intellektuellen „Neuen Rechten“: Im Windschatten der populistischen, fremdenfeindlichen und extremen Rechten existieren eine Anzahl von Zeitungen und Internetseiten, die sich als konservative Patrioten und Verfechter der Meinungsfreiheit bezeichnen und als solche auftreten. Allerdings sind die Veröffentlichungen und Kommentare nur eine Wiederholung der üblichen Aussagen der radikalen Rechten in einem sprachlich intellektuelleren und polemischeren Gewand. Die hier verbreitete Meinung soll als ein Produkt eines akademischen Diskurses dargestellt werden, der in der Wissenschaft mit diesen Inhalten nicht existiert.

Mit diesem inszenierten falschen intellektuellen, journalistischen und aufklärerischen Ansatz erhofft sich diese – als „Neue Rechte“ bekannte – Strömung die Verwischung der Grenzen zwischen Konservatismus und der radikalen Rechten. So soll nach ihrem Ziel auch rechtsradikales Gedankengut Einzug in die Politik halten. Rechtspopulismus und die Neue Rechte bestärken sich gegenseitig in ihrer Fassade als normale Politikakteure der demokratischen Gesellschaft. Diese Publikationen und Nachrichtenquellen müssen als das dargestellt und demaskiert werden, was sie sind – nämlich Meinungsträger einer Weltanschauung, die der radikalen Rechten sehr nahe steht.

5 Präventive und langfristige Maßnahmen versprechen nach wie vor den größten Erfolg

Leider gibt es kein Patentrezept bei der Bekämpfung der radikalen Rechten und der Gefahr, die von ihr für Gesellschaft und Demokratie ausgeht. Dafür ist das Phänomen des Rechtsradikalismus zu vielschichtig und die einzelnen politischen Situationen vor Ort zu unterschiedlich. Der Schlüssel zum Erfolg liegt in der langfristigen und ausgewogenen Kombination von verschiedenen Maßnahmen und deren Anwendung auf allen gesellschaftlichen Ebenen: dem Austausch von (Insider-) Wissen zwischen verschiedenen Einzelpersonen und Institutionen, der Eindämmung der gewaltbereiten Aktivisten der extremen Rechten durch Polizeimaßnahmen und juristische Mittel, dem Verhängen von finanziellen und politischen Strafen bei rassistischen und diskriminierenden Äußerungen in der politischen Arena, der Präventivarbeit im Bereich Anti-Diskriminierung an Schulen und Behörden und der Mobilisierung der Öffentlichkeit für mehr Toleranz und Pluralismus. Das sind keine neuen Ideen, aber diese Maßnahmen werden häufig nicht gleichzeitig und nicht langfristig genug angewandt, um eine bleibende Wirkung zu entfalten.

Die notwendige Grundvoraussetzung für eine Beseitigung dieses Mangels ist ein erhöhtes Bewusstsein für die Folgen des Rechtsradikalismus auf das demokratische System in Teilen der Politik, Behörden und der Öffentlichkeit. Die Staaten Europas durchlaufen gegenwärtig einen tiefgreifenden sozialen Wandel. Globalisierung, Einwanderung und die erhöhte Sichtbarkeit des Islams in Europa bieten Anknüpfungspunkte für rechtsradikale Ideen. Ein bei der radikalen Rechten populäres Konzept des Ethnopluralismus unterscheidet zwischen den europäischen Völkern – diese sollen zwar ethnisch getrennt bleiben, sind aber kulturell kompatibel – und Menschen aus anderen Regionen, welche mit Europäern unvereinbar seien. Um diese Ideologie zu rechtfertigen, unterstellt die radikale Rechte „dem Fremden“ einen andersartigen, unveränderbaren „kulturellen Code“ und verknüpft dieses mit verbreiteten Vorurteilen gegenüber Zuwanderern und sichtbaren Minderheiten.

Entscheider in der Politik sollten nicht dem Irrglauben folgen, sie könnten die von der radikalen Rechten eingebrachte Agenda kontrollieren, indem sie sich an die Spitze einer vermeintlichen öffentlichen Meinung stellen. Zum Beispiel lösen härtere Gesetze gegenüber illegalen Flüchtlingen, Zuwanderern oder Muslimen nicht etwa die damit zusammenhängenden Konflikte, sondern stempeln diese Gruppen eher als Problem für die Gesellschaft ab. Vielmehr wird auf diese Weise die Sicht der radikalen Rechten auf diese Gruppen nur noch gesellschaftlich salonfähiger gemacht. In der Konsequenz wird die radikale Rechte mit ihren politischen Forderungen immer mehr nachlegen, egal wie weit demokratische Parteien versuchen, Konflikte mit härteren Gesetzen zu lösen.

Die demokratischen Eliten sollten die politischen Kosten, die bei der Bekämpfung der radikalen Rechten und ihres Populismus entstehen, akzeptieren und sich nicht von kurzfristigen Vorteilen leiten lassen. Sie sind dazu aufgerufen, den Umfang der Forderungen und Sichtweisen, die die radikale Rechte von außen in das pluralistische System einbringen will, zu begrenzen. Die langsame Erosion der pluralistischen Norm von Demokratien ist das Ziel der radikalen Rechten. Damit es nicht so weit kommt, könnten die hier vorgestellten Maßnahmen helfen, eine Gegenstrategie aufzubauen.